



Sitzungsperiode: 2023-2024
Datum: 18. März 2024

**BERICHT DER REGIERUNG AN DAS PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN
GEMEINSCHAFT ÜBER DIE UMSETZUNG DER AUFFORDERUNGEN UND
EMPFEHLUNGEN DES PARLAMENTES AN DIE REGIERUNG DURCH
BEGRÜNDETE ANTRÄGE, DURCH RESOLUTIONEN SOWIE DURCH
BESTEHENDE DEKRETALE BERICHTERSTATTUNGSAUFRÄGE**

NOVEMBER 2023

ERGEBNISPROTOKOLL DER BESPRECHUNG IN DEN AUSSCHÜSSEN *

* Die nachfolgend veröffentlichte Anlage entspricht der vom Präsidium hinterlegten Originalfassung.

Rückmeldung der Ausschüsse zum Bericht der Regierung an das Parlament über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen des Parlamentes an die Regierung durch begründete Anträge, durch Resolutionen sowie durch bestehende dekretale Berichterstattungsaufträge

Hintergrund

Gemäß den Artikeln 87 §4 und 95 der Geschäftsordnung übermittelt die Regierung dem Präsidenten zu Beginn einer jeden Sitzungsperiode einen Bericht über die Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen, die in den von der Plenarversammlung verabschiedeten begründeten Anträgen bzw. in den in Artikel 93 aufgeführten Beschlüssen [= Resolutionen + Stellungnahmen] enthalten sind.

Am 30. November 2023 hinterlegte die Regierung den oben genannten Bericht, der im Dokument 36 (2023-2024) Nr. 5 abgedruckt wurde.

In der Sitzung vom 18. Dezember 2023 beschloss das Präsidium, den Bericht zur weiteren Besprechung an die Fachausschüsse weiterzuleiten. Die Ausschüsse wurden zudem aufgefordert, das Ergebnis ihrer diesbezüglichen Beratungen in Form eines Protokolls festzuhalten.

Dieses Protokoll ist in der **Anlage 1** abgedruckt.

ANLAGE 1

BERICHT DER REGIERUNG AN DAS PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ÜBER DIE UMSETZUNG DER AUFFORDERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN DES PARLAMENTES AN DIE REGIERUNG DURCH BEGRÜNDETE ANTRÄGE, DURCH RESOLUTIONEN SOWIE DURCH BESTEHENDE DEKRETALE BERICHTERSTATTUNGSAUFRÄGE – DOKUMENT 36 (2023-2024) NR. 5

ERGEBNISPROTOKOLL DER BESPRECHUNG IN DEN AUSSCHÜSSEN

I. KONTEXT

Am 30. November 2023 hinterlegte die Regierung den oben genannten Bericht in Ausführung des Artikels 91.1 der Geschäftsordnung des Parlaments.¹

Im Zuge der am 19. Juni 2023 beschlossenen Abänderung des Beschlusses vom 30. Mai 2016 zur Neufassung der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft reproduziert der neu eingeführte Artikel 91.1 die Bestimmungen der bisherigen Artikel 87 §4 (Berichterstattung über Aufträge an die Regierung in Ausführung von begründeten Anträgen) und 95 (Berichterstattung über die Ausführung von Resolutionen bzw. Stellungnahmen).

Zudem führt der Artikel 91.1 zwei zusätzliche, neue Berichterstattungspflichten ein. Diese betreffen die Aufforderungen und Empfehlungen, die im Jahresbericht der Ombudsperson aufgeführt sind, sowie die Umsetzung der von den Bürgerversammlungen formulierten Empfehlungen. Es ist darauf hinzuweisen, dass es sich hierbei im Gegensatz zu den anderen Berichterstattungspflichten um Empfehlungen und nicht um explizite Aufträge an die Regierung handelt.

In der Einleitung zum Bericht erklärt die Regierung überdies, dass sie neben den aus der Geschäftsordnung entstandenen Berichtspflichten aus Gründen der Transparenz auch Berichterstattungsaufträge mit in die Aufstellung aufnimmt, die auf anderen Grundlagen fußen.

Der Bericht enthält somit eine Aufstellung über Aufträge an die Regierung in Ausführung von begründeten Anträgen, Resolutionen, dem Jahresbericht der Ombudsperson, den Empfehlungen der Bürgerversammlungen (Artikel 91.1 der GO), Dekreten, Parlamentsbeschlüssen und externen Verpflichtungen (vom Parlament gebilligte Abkommen).

1 Art. 91.1 – Berichtspflichten der Regierung

Zu Beginn einer jeden Sitzungsperiode übermittelt die Regierung dem Präsidenten einen Bericht zur Umsetzung der Aufforderungen und Empfehlungen, die:

1. in den begründeten Anträgen aufgeführt sind, die gemäß Artikel 87 §3 von der Plenarversammlung verabschiedet wurden,
2. in den Beschlüssen aufgeführt sind, die gemäß Artikel 93 von der Plenarversammlung verabschiedet wurden,
3. im Jahresbericht der Ombudsperson aufgeführt sind, der gemäß Artikel 23 Absatz 5 des Dekrets vom 26. Mai 2009 zur Schaffung des Amts einer Ombudsperson für die Deutschsprachige Gemeinschaft veröffentlicht wurde und
4. in dem vom Parlament veröffentlichten Dokument zu den Empfehlungen der Bürgerversammlungen aufgeführt sind.

Die in Absatz 1 Nummer 4 aufgeführte Berichtspflicht gilt erst, nachdem die öffentliche Sitzung des zuständigen Ausschusses stattgefunden hat, die in Artikel 10 Absatz 2 des Dekrets vom 25. Februar 2019 zur Einführung eines permanenten Bürgerdialogs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnt wird.

Der in Absatz 1 erwähnte Bericht wird als Parlamentsdokument veröffentlicht und den Abgeordneten, beratenden Mandataren und Fraktionssekretariaten zur Verfügung gestellt.

Das Präsidium vom 18. Dezember 2023 verwies die weitere Besprechung des Dokuments an die jeweils fachlich betroffenen Ausschüsse. Die Besprechungen fanden am 8. Januar (Ausschuss I), 9. Januar (Ausschuss II), 18. Januar und 22. Februar (Ausschuss III) sowie 21. Februar und 6. März 2024 (Ausschuss IV) statt.

II. ERGEBNIS DER BESPRECHUNG IN DEN AUSSCHÜSSEN

1. Begründete Anträge

Altenheime in der DG (Begründeter Antrag vom 20.06.2016) – Ausschuss IV

Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss weiter beschäftigen.

2. Resolutionen

Senkung der Energiekosten, Bekämpfung der Energiearmut und Stärkung der Kaufkraft für die belgischen Haushalte (Resolution vom 19.06.2023) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Steuerbegünstigungen bei Eigentumserwerb (Resolution vom 22.05.2023) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Steigerung der Attraktivität des Horeca-Sektors (Resolution vom 23.05.2022) – Ausschuss II

Das übergangsweise für den Horeca-Sektor geschaffene Modell der Flexijobs hat sich zum festen Bestandteil der Beschäftigungsmöglichkeiten entwickelt und wurde kürzlich durch die Föderalregierung auf weitere Bereiche ausgedehnt (Kultur, Sport). Vorgesehen ist, dies ab dem 2. Trimester 2024 auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anzuwenden.
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Sicherstellung qualitativ hochwertiger und lokaler Bankdienstleistungen (Resolution vom 23.05.2022) – Ausschuss I (wurde ursprünglich im Ausschuss II besprochen)

Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Umgehungsstraße der Regionalstraße N62 (Resolution vom 25.04.2022) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine (Resolution vom 28.03.2022) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Minority Safe Pack (Resolution vom 28.03.2022) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

COP 26-Klimakonferenz (Resolution vom 20.09.2021) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss weiter beschäftigen.

EU-Handelsverträge: Mercosur- und TTIP-Abkommen (Resolutionen vom 28.06.2021 und 02.11.2015) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten (Resolution vom 28.06.2021) – Ausschuss IV

Der Arbeitsauftrag kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Stärkung der Lehrerschaft (Resolution vom 17.05.2021) – Ausschuss III

Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss weiter beschäftigen.

Atommüllendlagerung (Resolution vom 20.07.2020) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Klimaschutz: Klimaschutzdringlichkeitserklärung und Klimapolitik Belgiens (Resolutionen vom 20.07.2020 sowie vom 19.11.2018 im Rahmen des Interparlamentarischen Klimadialogs) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss weiter beschäftigen.

Aufwertung des Pflegepersonals (Resolution vom 17.04.2020) – Ausschuss IV
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Erhalt der Entbindungsstationen in der DG (Resolution vom 27.02.2020) – Ausschuss IV
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Vermeidung von Geoblocking (Resolution vom 17.02.2020) – Ausschuss I (wurde ursprünglich in AII besprochen)
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Optimierung der Schülerbeförderung (Resolution vom 10.12.2019) – Ausschuss III
Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss weiter beschäftigen.

Autonomieentwicklung (Resolution vom 06.05.2019) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss vor allem im Rahmen seiner weiteren Arbeiten zur Staatsreform weiter beschäftigen.

Stellung der deutschen Sprache (Resolution vom 09.04.2019) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss vor allem im Rahmen seiner weiteren Arbeiten zur Staatsreform weiter beschäftigen.

Garantierte Vertretung (Resolution vom 25.03.2019) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss vor allem im Rahmen seiner weiteren Arbeiten zur Staatsreform weiter beschäftigen.

Inländische Gesundheitsversorgung (Resolution vom 25.03.2019) – Ausschuss IV
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Klimapolitik Belgiens (Resolution vom 19.11.2018) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Freiwillige Feuerwehr und Kadettenschule (Resolution vom 19.11.2018) – Ausschuss I (wurde ursprünglich in AII/AIIII besprochen)
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Künftige Absicherung der Krankenhausstandorte in der DG (Resolution vom 20.11.2017) – Ausschuss IV
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Förderung der Mehrsprachigkeit (Resolution vom 29.05.2017) – Ausschuss III
Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss weiter beschäftigen.

IZOM-Abkommen (Resolution vom 24.04.2017) – Ausschuss IV
Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

Öffentlicher Personenverkehr in der DG (Resolution vom 07.11.2016) – Ausschuss I
Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss weiter beschäftigen.

Altersvorsorge und Seniorengenossenschaften (Resolution vom 21.03.2016) – Ausschuss IV

Der Arbeitsauftrag kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Förderung der deutschen Sprache (Resolution vom 22.02.2016) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell und werden den Ausschuss weiter beschäftigen.

Straßeninfrastruktur (Resolution vom 23.11.2015) – Ausschuss I

Keine Bemerkungen vonseiten der Regierung und der Ausschussmitglieder.

Transatlantisches Freihandelsabkommen TTIP (Resolution vom 02.11.2015) – Ausschuss I

Thematik und Auftrag bleiben aktuell.

3. Empfehlungen aus dem Jahresbericht der OmbudspersonWohn- und Mietbeihilfen: Auferlegen einer Verwaltungsstrafe für Vermieter, die einen Beamten an der Ausübung seines Amtes hindern (Jahresbericht 2023) – Ausschuss I

Die Bemerkung bleibt aktuell.

Dekret Qualifikationsrahmen – Verabschieden von Ausführungserlassen (Jahresbericht 2021) – Ausschuss III

Die Bemerkung bleibt aktuell.

Im Rahmen der Anträge zur Prüfungsbefreiung von technischen Fächern mehr auf die Kompetenzen als auf die Ausrichtung zu achten (Jahresbericht 2021) – Ausschuss III

Ein entsprechender Erlass wird verabschiedet, die Bemerkung wird dadurch gegenstandslos.

Erteilung von Entscheidungsvollmachten an Bedienstete, die gleichzeitig das Gutachten zur Entscheidung erteilen (Jahresbericht 2021) – Ausschuss I

Die Bemerkung bleibt aktuell.

Definition des Begriffs „Einkommen“ für die Berechnung der Nutzungsgebühr einer Notaufnahmewohnung (Jahresbericht 2021) – Ausschuss IV

Das Thema kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Antwortfrist in Bezug auf den Antrag auf Einsicht in eine Jugendhilfe-Akte (Jahresbericht 2020) – Ausschuss IV

Das Thema kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Präzisieren des Begriffs „Studienprogramm“ im Erlass der Regierung vom 20. Juli 1994 (Jahresbericht 2017) – Ausschuss III

Es wird an einer Reform des schulexternen Prüfungsausschusses gearbeitet. Im neuen entsprechenden Erlass wird das Studienprogramm nicht mehr vorkommen, daher ist die Bemerkung gegenstandslos.

4. Empfehlungen aus den Bürgerversammlungen„Inklusion macht Schule“ (15. Mai 2021) – Ausschüsse I, III, IV

Empfehlung 1: Derzeit wird eine Reform der Lehrergrundausbildung vorbereitet. Die Förderpädagogik wird dann integraler Bestandteil der Grundausbildung sein. Die Forderung der Bürgerversammlung wird zum 1. September 2025 umgesetzt, das Thema bleibt bis dahin aktuell.

Empfehlung 2: Im Zuge der Reform der Lehrergrundausbildung soll diese auf vier Jahre verlängert werden. Dabei wird auch der Praxisanteil erhöht, u. a. mit Praxisphasen in einer Förderschule. Bis zur Umsetzung bleibt das Thema aktuell.

Empfehlung 3: Wird vom Ausschuss nicht unterstützt, daher kann das Thema als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 4: Die Grundausbildung wird um den Bereich Förderpädagogik erweitert, darüber hinaus bleibt die Zusatzausbildung in Förderpädagogik für andere Berufsprofile, die als Förderpädagogen arbeiten können, z. B. Logopäden, aufrechterhalten. Daneben gibt es weitere Ausbildungen, z. B. im Bereich Autismus. Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung 5: Wird umgesetzt, daher kann das Thema als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 6: Wird nicht unterstützt und ist ohnehin obsolet, weil die Förderpädagogik integraler Bestandteil der Grundausbildung werden soll. Das Thema kann daher als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 7: Ist Teil der Bildungsvision 2040, daher bleibt das Thema aktuell.

Empfehlung 8: Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung 9: Die Reform der Förderpädagogik läuft an, daher bleibt das Thema aktuell. Langfristig sollen nur noch inklusive Schulen bestehen.

Empfehlung 10: Wird umgesetzt, daher kann das Thema als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 11: Die Rahmenpläne sollen überarbeitet und neu orientiert werden. Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung 12: Dazu haben bereits Workshops im Gemeinschaftsunterrichtswesen stattgefunden. Auch die anderen Träger haben sich auf den Weg gemacht. Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung 13: Am Campus an der Monschauer Straße arbeiten die Städtische Grundschule Unterstadt (SGU), die *École Communale d'Expression Française* (ECEF) und das Zentrum für Förderpädagogik (ZFP) an einer Umgestaltung des gemeinsamen Schulhofs. Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung 14: Der Ausschuss empfiehlt einen anderen Umgang mit dem Thema, es kann daher als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 15: Der Ausschuss empfiehlt einen anderen Umgang mit dem Thema, es kann daher als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 16: Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung 17: Wird nicht unterstützt, das Thema kann daher als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 18: Wird nicht unterstützt, das Thema kann daher als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 19: Der Ausschuss empfiehlt einen anderen Umgang mit dem Thema. Es kann daher als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 20: Der Ausschuss empfiehlt einen anderen Umgang mit dem Thema. Es kann daher als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 21: Der Ausschuss empfiehlt einen anderen Umgang mit dem Thema. Es kann daher als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 22: Wird umgesetzt, daher kann das Thema als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 23: Der Ausschuss empfiehlt einen anderen Umgang mit dem Thema. Es kann daher als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 24: Der Ausschuss empfiehlt einen anderen Umgang mit dem Thema. Es kann daher als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 25: Die Umsetzung obliegt der Zivilgesellschaft. Das Thema kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 26: Die Empfehlung der Bürgerversammlung wurde der DSL mitgeteilt. Die Regierung wird dort nachfragen, ob Interesse an einer Umsetzung besteht.

Empfehlung 27: Das Thema kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 28: Die Regierung verweist auf den Abschlussbericht zu den Empfehlungen der Bürgerversammlung, Dokument 155 (2022-2023) Nr. 3.

Empfehlung 29: Die Regierung verweist auf den Abschlussbericht zu den Empfehlungen der Bürgerversammlung, Dokument 155 (2022-2023) Nr. 3.

Empfehlung 30: Der Beirat für Menschen mit Beeinträchtigung wurde in der Zwischenzeit eingesetzt. Das Thema kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung 31: Eine Umsetzung der Empfehlung erscheint nicht zielführend. Das Thema kann als abgeschlossen betrachtet werden.

„Pflege geht uns alle an! Wie können die Pflegebedingungen für Personal und Betroffene verbessert werden?“ (19. September 2020) – Ausschüsse I, III, IV

Empfehlung A1: Der Föderalstaat plant die Einführung neuer Ausbildungsprofile. Der entsprechende Ausführungserlass wird derzeit vorbereitet. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat in diesem Bereich keine weiteren Handlungsmöglichkeiten, sodass das Thema als abgeschlossen gilt.

Empfehlung A2: Es wurde ein zinsloses Darlehen eingeführt, was die Ausbildungskosten wie von der Bürgerversammlung gewünscht senkt. Damit gilt das Thema als abgeschlossen.

Empfehlung A3: Es wurde auf den neuen Rahmenplan zur beruflichen Orientierung verwiesen. Darüber hinaus bleibt das Thema aktuell.

Empfehlung B1: Sollten sich neue Projekte anbahnen, können diese prinzipiell durch die Regierung unterstützt werden. Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung B2: Die Empfehlung wurde im Rahmen des Programmdekrets 2021 (Artikel 26.1) aufgegriffen. Darüber hinaus bleibt das Thema aktuell.

Empfehlung B3: Es steht den WPZS frei, ob sie das das TUBBE-Modell anwenden möchten oder nicht. Dies gilt auch für andere Modelle. Das Thema kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung B4: Die Regierung verweist auf den Abschlussbericht zu den Empfehlungen der Bürgerversammlung, Dokument 101 (2021-2022) Nr. 3.

Empfehlung B5: Das Qualitätsmanagement der Einrichtungen ist Gegenstand der anwendbaren Bestimmungen, es finden regelmäßig Inspektionen statt. Neue Entwicklungen auf Erlassebene im Bereich der Personalnormen können in Kürze durch die Regierung vorgestellt werden. Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung C1: Der Masterplan ICT wird zurzeit gemeinsam mit den WPZS ausgearbeitet. Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung C2: Die Regierung arbeitet gemeinsam mit den WPZS an der Digitalisierung der Zentren. Von der Installation eines Tablets an jedem Bett wird jedoch abgeraten. Das Thema kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung C3: Das Thema kann als abgeschlossen betrachtet werden.

Empfehlung D1: Die Zusammenarbeit zwischen den WPZS liegt in der Verantwortung der Zentren, deren Arbeitsweisen nicht immer vergleichbar sind. Denkbar wäre jedoch die künftige Einführung neuer Personalnormen. Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung D2: Ein Erlass betreffend die Personalnormen ist in Vorbereitung und kann nach seiner Veröffentlichung vorgestellt werden. Das Thema bleibt aktuell.

Empfehlung D3: Außerhalb des Pflegesektors sind aktuell mehrere Strukturen für junge Menschen im Aufbau. Das Thema bleibt aktuell.

5. Dekretale Berichtspflichten

Bekämpfung des Dopings im Sport (Dekret vom 24. Januar 2022) – Ausschuss II
Der Berichterstattungspflicht wird jährlich nachgekommen. Keine Bemerkungen.

AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung (Dekret vom 28. Mai 2018) – Ausschuss II
Der Berichterstattungspflicht wird jährlich nachgekommen. Keine Bemerkungen.

Integration und das Zusammenleben in Vielfalt (Dekret vom 11. Dezember 2017) – Ausschuss IV

Die Regierung muss dem Parlament alle drei Jahre einen Bericht über die Wirksamkeit und die Anwendung des Dekrets bis spätestens zum 31. März des darauffolgenden Jahres übermitteln. Der nächste Bericht muss zum 31. März 2024 übermittelt werden und ist zurzeit in Vorbereitung.

Zur Kenntnis genommen, keine Bemerkungen.

Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung (Dekret vom 19. März 2012) – Ausschuss IV
Hierzu gab es keine weiteren Anmerkungen.

Jugendarbeit (Dekret vom 6. Dezember 2011) – Ausschuss II

Der Berichterstattungspflicht wird regelmäßig nachgekommen. Die Themenschwerpunkte des Jugendstrategieplans wurden bereits durch das Parlament gutgeheißen. Der zweite Jugendbericht liegt vor und soll auf der Plenarsitzung am 29. Januar 2024 in Form einer Regierungsmitsellung besprochen werden.

Zur Kenntnis genommen, keine Bemerkungen.

Dienstleistungsdekret (Dekret vom 15. März 2010) – Ausschuss I

Der Bericht wurde am 11. März 2024 im Ausschuss vorgestellt.

Haushaltsumsetzung (Dekret vom 25. Mai 2009) – Ausschuss I

Zur Kenntnis genommen, keine Bemerkungen.

Nicht dringende Krankentransporte (Dekret vom 4. Juni 2007) – Ausschuss IV

Der Bericht für die Jahre 2020-2021 wurde dem Parlament zugestellt.

Zur Kenntnis genommen, keine Bemerkungen.

Aufsicht lokale Behörden (Dekret vom 20. Dezember 2004) – Ausschuss I

Der Berichterstattungspflicht wird regelmäßig nachgekommen.

Zur Kenntnis genommen, keine Bemerkungen.

Ausgewogene Vertretung Männer und Frauen in beratenden Gremien (Dekret vom 3. Mai 2004) – Ausschuss I

Der Berichterstattungspflicht wird regelmäßig nachgekommen.

Zur Kenntnis genommen, keine Bemerkungen.

Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Dekret vom 26. Juni 2000) – Ausschuss I

Der Berichterstattungspflicht wird regelmäßig nachgekommen.

Zur Kenntnis genommen, keine Bemerkungen.

Schuldnerberatung und Entschuldung (Dekret vom 29. April 1996) – Ausschuss IV

Hierzu gab es keine weiteren Anmerkungen.

Weitere Feststellungen der Parlamentsverwaltung in Bezug auf die Aufstellung der dekretalen Berichtspflichten:

Im Bericht sind nicht alle dekretalen Berichtspflichten korrekt dargestellt bzw. es fehlt der Hinweis auf einige dekretale Berichtspflichten und ihre Ausführung.

Unvollständige oder fehlerhafte Darstellung von dekretalen Berichtspflichten im Bericht

– Dekret vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsumsetzung der DG

In Bezug auf die Haushaltsumsetzung fehlen in der Auflistung die Berichte über die Verwaltung des Fonds zur Finanzierung rückzahlbarer Prämien, Kredite und Beteiligungen sowie über die Verkäufe und Tausche von Domanialiegenschaften, die in den Teilen 1 (Details aller Grundstücke und Immobilien im Eigentum der Deutschsprachigen Gemeinschaft) und 3 der Allgemeinen Rechtfertigungserklärung bei Hinterlegung der Haushaltstekretentwürfe im Herbst in der Tat enthalten sind.

4. Berichtspflichten ohne dekretale Aufträge aber auf Parlamentsbeschluss

Grundsatzerklärung Außenbeziehungen (19. November 2012) – Ausschuss I

Seit Herbst 2022 wird der Jahresbericht in der Allgemeinen Rechtfertigungserklärung der Haushaltsdekretentwürfe veröffentlicht.

5. Berichterstattungen durch externe Verpflichtungen

Förderung der allgemeinen Zusammenarbeit zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Flämischen Gemeinschaft (Kooperationsabkommen vom 14. Februar 2001, gebilligt durch das PDG am 18. Februar 2002) – Ausschuss I

Der Berichterstattungspflicht wird regelmäßig nachgekommen.

Zur Kenntnis genommen, keine Bemerkungen.

Zusammenarbeitsabkommen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Kooperationsabkommen vom 26. November 1998, gebilligt durch das PDG am 10. Mai 1999) – Ausschuss I

Der Berichterstattungspflicht wird regelmäßig nachgekommen.

Zur Kenntnis genommen, keine Bemerkungen.

Kontinuität der Politik im Bereich der Armut (Kooperationsabkommen vom 5. Mai 1998, gebilligt durch das PDG am 30. November 1998) – Ausschuss IV

Die Verabschiedung des Zweijahresberichts ist für den 15. März 2024 vorgesehen. Der Bericht wird nach seiner Verabschiedung im Parlament hinterlegt werden.

Das Parlament ist verpflichtet, im Anschluss an die Veröffentlichung eine Debatte zu den Inhalten des Berichts zu führen.

Zusammenarbeitsabkommen vom 12. April 1995 zwischen der Französischen Gemeinschaft und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zugestimmt durch das PDG am 2. Juli 1998

Der Bericht wurde am 11. März 2024 im Ausschuss I vorgestellt.

Weitere Feststellungen in Bezug auf die Aufstellung der Berichtspflichten durch externe Verpflichtungen:

Im Bericht fehlt der Bericht über die Zusammenarbeit mit der Region Brüssel-Hauptstadt². Die Regierung teilt mit, dass ein entsprechender Bericht in Auftrag gegeben worden ist.

² Art. 6 des Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Region Brüssel-Hauptstadt und der Deutschsprachigen Gemeinschaft, dem das Parlament durch das Dekret vom 26. Februar 2007 zugestimmt hat.

ANHANG**I. ÜBERSICHT DER REAKTIONEN AUS ANDERER QUELLE AUF RESOLUTIONEN****Steuerbegünstigungen bei Eigentumserwerb** (Resolution vom 22.05.2023)

Schreiben vom 07.06.2023 des Präsidenten des Wallonischen Parlaments: Empfangsbestätigung und Weiterleitung an den Ausschuss für Haushalt und Sportinfrastruktur

Bankdienstleistungen (Resolution vom 23.05.2022)

Protokoll des Konzertierungsausschusses vom 01.06.2022 (Notifizierungen): Notifizierung Nr. 10: Zurkenntnisnahme der Resolutionen des Wallonischen Parlaments und des PDG.

Minority SafePack (Resolution vom 28.03.2022)

Schreiben vom 02.06.2022 des Kabinetts der Präsidentin der EU-Kommission: Dank für die Stellungnahme und Weiterleitung zur Beantwortung an die zuständigen Mitglieder der EU-Kommission.

Mercosur (Resolution vom 28.06.2021)

Schreiben des Vizepräsidenten der EU-Kommission (V. Dombrovskis) vom 9. September 2021: nimmt Bedenken zur Kenntnis.

Geoblocking (Resolution vom 17.02.2020)

Schreiben des EU-Kommissars für Binnenmarkt und Dienstleistungen (T. Breton) vom 8. Mai 2020: Hinweis auf die von der Kommission durchgeföhrten und angestrebten Analysen und Berichte.

Schreiben des Präsidenten des Europäischen Parlaments (D. Sassoli) vom 13. Mai 2020: nimmt Bedenken zur Kenntnis.

Förderung deutsche Sprache (Resolution vom 22.02.2016)

Schreiben der Senatspräsidentin vom 14. März 2016: Resolution wird Senatoren zur Kenntnis gebracht.

Schreiben des wallonischen Ministerpräsidenten vom 16. März 2016: Kanzlei und Übersetzungsdiens der Wallonischen Region konsultieren auch jetzt schon für ihre Übersetzungen die Datenbank des DG-Terminologieausschusses für ihre Übersetzungen; auch die anderen ÖDW erden nunmehr hierfür sensibilisiert – allerdings sollte die Startseite der Datenbank auch in Französisch verfasst werden, sodass auch französischsprachige Beamte sich darin zurechtfinden.

Anmerkung: In Senat und Kammer liegen derzeit (Sonder-)Gesetzesvorschläge vor, die (teilweise) die Forderungen der Resolution erfüllen – siehe Dok. Senat 7-292 und Dok. Kammer 55-2323.

Straßeninfrastruktur (Resolution vom 23.11.2015)

Schreiben des zuständigen wallonischen Ministers (M. Prévot) vom 2. Mai 2016: bietet Anhörung mit Verantwortlichen an – diese fand am 27. Juni 2016 statt, siehe Dokument 46 (2015-2016) Nr. 4.